b) zwischen

- den in Buchst. a Genannten einerseits und
- Handwerkern, Gewerbetreibenden und weiteren rechtsfähigen Betrieben mit einem jährlichen Erlös bzw. Umsatz von mehr als 50 000 M sowie Kommissionshändlern andererseits.

(2) Organe und Betriebe im Geltungsbereich der Verordnung vom 15. Oktober 1981 über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe — Lieferverordnung (LVO) — (GBl. I Nr. 31 S. 357) nehmen am Lastschriftverfahren entsprechend der dort getroffenen Festlegungen teil.

(3) Das Lastschriftverfahren kann auch zwischen solchen Vertragspartnern für die Bezahlung von Warenlieferungen und Leistungen in den Wirtschaftsverträgen vereinbart werden, die gemäß den Absätzen 1 und 2 nicht dazu verpflichtet sind.

§ 2

Bezahlung von Geldverbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen

(1) Die Bezahlung von Geldverbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen im Lastschriftverfahren bedarf der Vereinbarung im Wirtschaftsvertrag, sofern seine Anwendung nicht verbindlich vorgeschrieben ist.

(2) Im Lastschriftverfahren sind Geldverbindlichkeiten aus der Lieferung von Elektroenergie, Gas, Wärme und Wasser zu bezahlen.

(3) Geldverbindlichkeiten aus folgenden Warenlieferungen oder Leistungen sollen auf der Grundlage von Vereinbarungen im Lastschriftverfahren bezahlt werden:

- a) feste Gebühren und Entgelte auf der Grundlage von Tarifen und Rechtsvorschriften sowie ähnliche vertraglich fixierte Zahlungen, z. B. aus Nutaungs- und Überlassungsverträgen,
- t) Importlieferungen und Lieferungen im Exportstreckengeschäft,
- c) Transportleistungen und Leistungen im Nachrichtenverkehr,
- d) Warenlieferungen und Leistungen, die gemäß Vertrag, Allgemeinen Leistungsbedingungen (ALB) oder sonstigen Bestimmungen vor der Rechnungserteilung vom Käufer zu prüfen und abzunehmen sind,
- e) Lieferungen von Edelmetallen, Edelmetalllegierungen sowie hieraus hergestellten Erzeugnissen, soweit deren Bezahlung im Lastschriftverfahren nach den Rechtsvorschriften nicht verbindlich vorgeschrieben ist,
- f) Lieferungen von anderen seltenen Metallen, Edelsteinen oder echten Ferien sowie von hieraus hergestellten Erzeugnissen.

Der Käufer kann die Vereinbarung des Lastschriftverfahrens ablehnen, wenn er ein berechtigtes Interesse hat, die Einhaltung der vom Verkäufer im Vertrag übernommenen Verpflichtungen vor der Bezahlung zu prüfen. Die Ablehnung des Lastschriftverfahrens ist auch dann möglich, wenn z. B. infolge unkonkreter Liefertermine der Zeitpunkt der Belastung des Rechnungsbetrages auf dem Konto des Käufers nicht bestimmt werden kann, so daß eine ausreichende Disposition des Käufers über seine finanziellen Mittel nicht gewährleistet ist. Kommt die Vereinbarung aus diesen Gründen nicht zustande, und einigen sich die Vertragspartner auch nicht gemäß § 6 Abs. 4 der Zahlungsverkehrs-Verordnung auf die Sofortbezahlung durch Scheck, so gilt vorbehaltlich einer anderweitigen vertragsgestaltenden Entscheidung des Staatlichen Vertragsgerichts, das Überweisungsverfahren als vereinbart.

(4) Die Verkäufer und Käufer sind in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Gestaltung ihrer zwischenbetriebli-

chen Ware-Geld-Beziehungen berechtigt, das Lastschriftverfahren auch in anderen Fällen zu vereinbaren, wie z. B. bei

- Warenlieferungen und Leistungen, bei denen der Käufer infolge vorgelegter Qualitätsatteste, Herstelleranalysen u. ä. auf die eigene Prüfung verzichten kann,
- ständig vorbildlicher Vertragsdisziplin des Verkäufers und ausgezeichnete Qualität seiner Erzeugnisse.

Kommt eine Vereinbarung über die Anwendung des Lastschriftverfahrens nicht zustande, so gilt das Überweisungsverfahren als vereinbart; eine anderweitige vertragsgestaltende Entscheidung des Staatlichen Vertragsgerichts ist ausgeschlossen.

(5) Bei Warenlieferungen und Leistungen, die kontinuierlich und in der Regel gleichbleibend nach Umfang und Qualität erfolgen, können die Vertragspartner vereinbaren, daß Raten zu bestimmten Terminen und die Schlußzahlung im Lastschriftverfahren belastet werden.

§ 3

Einreichung des Lastschriftauftrages

(1) Im Lastschriftverfahren erteilt der Verkäufer seinem Geld- oder Kreditinstitut oder Postscheckamt den Auftrag, einen bestimmten Betrag seinem Konto gutzuschreiben und dem Konto des Käufers zu belasten. Der Verkäufer hat die Lastschriftaufträge bei seinem Geld- oder Kreditinstitut oder Postscheckamt unmittelbar nach Rechnungsausstellung einzureichen. Sind für Gebühren und Entgelte feststehende Zahlungstermine vereinbart, hat die Einreichung der Lastschriftaufträge zu diesen Terminen zu erfolgen.

(2) Bei Forderungen gegenüber Außenhandelsbetrieben, denen Exportstreckengeschäfte zugrunde liegen, hat der Verkäufer einen Lastschriftauftrag zusammen mit den vollständigen zahlungsauslösenden Exportdokumenten und/oder anderen im Exportauftrag vorgeschriebenen Abrechnungsunterlagen seiner für ihn zuständigen Außenhandelsbank bei Einhaltung festgelegter Einreichungsfristen zu übergeben. Nach Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen übergibt die zuständige Außenhandelsbank den Lastschriftauftrag dem kontoführenden Geld- oder Kreditinstitut des Verkäufers oder dem Verkäufer, soweit das mit diesem zur Einbeziehung des Lastschriftauftrages in einen maschinenlesbaren Datenträger vereinbart wurde. Weist die zuständige Außenhandelsbank Lastschriftaufträge für Exportstreckengeschäfte wegen Nichteinhaltung der Einreichungsfrist oder aufgrund inhaltlicher Mängel der Exportdokumente zurück, ist die Bezahlung der Rechnungsbeträge durch die Außenhandelsbetriebe im Überweisungsverfahren vorzunehmen.

(3) Das kontoführende Geld- oder Kreditinstitut kann zur Kontrolle der Berechtigung der Anwendung des Lastschriftverfahrens bei der Einreichung von Lastschriftaufträgen durch den Verkäufer und Lastschriftaufträgen durch den Käufer die Vorlage von Wirtschaftsverträgen sowie Rechnungsunterlagen oder sonstigen Dokumenten verlangen.

(4) Die Geld- und Kreditinstitute sowie Postscheckämter sind berechtigt, Lastschriftaufträge zurückzuweisen, wenn

- a) nicht ordnungsgemäß ausgefüllte oder nicht zulässige Vordrucke eingereicht werden,
- b) nicht verarbeitungsfähige oder nicht der Vereinbarung entsprechende maschinenlesbare Datenträger übergeben werden,
- c) diese nicht rechtsverbindlich unterschrieben sind.

Derartige Aufträge werden dem Verkäufer unverzüglich unter Angabe des Grundes für die Nichtausführung zurückgegeben.

§ 4

Ausführung der Lastschriftaufträge

(1) Das Geld- oder Kreditinstitut oder Postscheckamt — stellt dem Verkäufer den Rechnungsbetrag unter Vorbehalt der Einlösung der Lastschrift auf dem Konto des Käu-